Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7246**

16. Wahlperiode 21. 11. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Ulla Jelpke, Jan Korte und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5788 –

Für die zügige Vorlage eines qualifizierten Berichts über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit ihrem Antrag erreichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, schnellstmöglich gemäß § 94 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes dem Deutschen Bundestag einen Bericht vorzulegen, der dem gesetzlichen Auftrag entsprechend eine fachlich fundierte, kritische, problemorientierte und umfangreiche Beschreibung der Lage von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland enthält.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5788 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2007

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Ralf Göbel
Berichterstatter

Dr. Michael Bürsch
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ralf Göbel, Dr. Michael Bürsch, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Sevim Dağdelen und Josef Philip Winkler

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/5788** wurde in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juli 2007 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 59. Sitzung am 10. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 41. Sitzung am 10. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 42. Sitzung am 10. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/5788 in seiner 52. Sitzung am 7. November 2007 abschließend beraten und empfohlen, ihn mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. abzulehnen. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin im Bundeskanzleramt Prof. Dr. Maria Böhmer, hat zu den Antragsberatungen vorgetragen.

4. Zur Begründung

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisiert die Art und Weise, in der die Verschiebung der Berichtsvorlage erfolgt sei. Bereits im Oktober 2006 habe die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration beschlossen, den Bericht zu verschieben und dies erst ab April 2007 dem Deutschen Bundestag zur Kenntnis zu geben. Zudem habe sie für die Verzögerung mehrfach neue Gründe nachgeschoben. Die Fraktion sei aber vor allem dagegen, dass beim Lagebericht von einer fachlich fundierten, kritischen, problemorientierten und datenreichen Beschreibung der Lage von Migrantinnen und Migranten abgewichen werden solle und plädiert für eine Beibehaltung der bisherigen Darstellungsweise.

Die **Fraktion der FDP** stimmt dem Antrag zu. Die Begründungen, die die Beauftragte für die Verschiebung gegeben habe, seien in der Tat nur zum Teil nachvollziehbar. Schwer erklärlich sei es etwa, dass man einen Lagebericht, der sich auf einen in der Vergangenheit liegenden Berichtszeitraum beziehe, nicht vorlegen könne, weil man aktuelle bzw. zukünftige Ereignisse und Daten mit einbeziehen wolle. Dann könne man nie zu einem Abschluss kommen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, der Antrag erinnere zu Recht an den Fristverstoß durch die Beauftragte. Eine Verzögerung habe es allerdings auch bei früheren Berichten gegeben. Problematisch sei in diesem Fall, dass die Beauftragte trotz faktischer Kenntnis von der Verschiebung des Berichts entschieden habe, das Parlament erst zum spätestmöglichen Zeitpunkt darüber zu unterrichten. Wichtiger sei der Fraktion aber, dass der Bericht so fundiert, umfangreich und abwägend bleibe wie bisher. Es sei unverständlich, warum der Stil der bisherigen Berichte nunmehr offenbar kritisch gesehen werde.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** kritisieren, dass die Fraktion DIE LINKE. mit ihrem Antrag zu sehr auf Förmlichkeiten abstelle, anstatt eine sachliche Debatte zu führen. Die Beauftragte habe nachvollziehbare, sachgerechte Gründe für die Verschiebung der Vorlage des Berichts dargelegt – u. a., dass sie keinen Bericht habe präsentieren wollen, der bereits zum Vorlagezeitpunkt veraltet gewesen wäre. Da der Bericht nunmehr zum Jahresende angekündigt sei, habe sich der Antrag der Fraktion DIE LINKE. erledigt.

Berlin, den 7. November 2007

Ralf Göbel Berichterstatter	**Dr. Michael Bürsch** Berichterstatter	**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)** Berichterstatter
Sevim Dağdelen Berichterstatterin	**Josef Philip Winkler** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333